

Mehr Demokratie wird 20! Feiern Sie mit uns und kommen Sie zur Jahrestagung 2008

Mehr Demokratie e.V. feiert 20-jähriges Bestehen im Rahmen der Jahrestagung 2008 vom 6. bis 8. Juni in der Reinhardswaldschule in Fulda bei Kassel. Das Thema lautet: „Wozu braucht man Demokratie?“ – eine Frage, die an die Wurzeln unseres Engagements heranreicht und die in Vorträgen und Diskussionen beleuchtet werden soll. Am Samstagabend finden Festakt und Feier statt. Ein Shuttle-Bus holt Sie vom Bahnhof ab und bringt Sie zum Tagungsgelände im Reinhardswald.

Jetzt anmelden!

Fordern Sie das Tagungsprogramm an (030 - 420 823 70) oder schauen Sie nach unter:
www.mehr-demokratie.de/579.html



Europa-Aktion in Berlin.

Mehr Demokratie in Zahlen

4.656 Mitglieder und Förderer tragen den Verein.

Zusätzlich unterstützen uns rund **3.100** Menschen mit Spenden, das ist eine Steigerung um fast 50%.

Der Bundesverband hat im Jahr 2007 etwa **418.500** Euro umgesetzt, die Landesverbände in etwa 300.000. Das Geld kommt aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und von Stiftungen. Staatliche Gelder bekommen wir nicht.

31 Mitarbeiter organisieren die Aktionen und Kampagnen in unseren Büros in Bremen, Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart und Brüssel. Sie werden unterstützt von vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern und Praktikanten.

Mehr Demokratie e.V.
 Greifswalder Str. 4 10405 Berlin
 Tel. 030 - 420 823 -70 Fax -80

info@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de

Konto 88 58 105
 BLZ 700 205 00
 Bank für Sozialwirtschaft

Mehr Demokratie

Bitte vormerken: Termine 2008

Mitgliederversammlung

5. April 2008
 18. Oktober 2008

Fahrt in die Schweiz

im Frühjahr 2008
 bei Interesse bitte nachfragen

Jahrestagung/20-Jahr-Feier

6.-8. Juni 2008

Jahressitzung des Kuratoriums

26./27. September 2008
 Eisenach

1. Weltkonferenz Direkte Demokratie

1.-3. Oktober 2008
 Aarau, Kanton Argau, Schweiz

Änderungen vorbehalten!
 Informationen unter Tel. 089-8211774
 Weitere Termine:
www.mehr-demokratie.de

JAHRESBERICHT Mehr Demokratie 2007

Liebe Mitglieder und Förderer, liebe Freundinnen und Freunde,



„Nach dem Weg, der vor dir liegt, frage die, die dir entgegenkommen!“, sagt ein chinesisches Sprichwort. Viele sind es zwar noch nicht, die uns entgegenkommen, aber es gibt sie. Sie kommen von dort, wo die Bürger ihre Stimme nicht beim Wählen „abgeben“, sondern die gesamte Legislaturperiode über behalten

und zu Themen wie Bildung, Umweltschutz oder gar Haushaltsplanung erheben. Auf dem Weg hin zur direkten Demokratie brauchen wir Kompass und Landkarten. Mit dem ersten Bürgerentscheidungsbericht ist 2007 eine wichtige Orientierungshilfe hinzugekommen. Wir werden ständig erfahrener, wenn es darum geht, sich nicht in Formulierungs-Schlingpflanzen zu verfangen und Vorurteils-Gräben zu überwinden. Dabei halten wir es mit Einstein „Inmitten von Schwierigkeiten liegen günstige Gelegenheiten!“

In gleich sechs Bundesländern (NRW, Thüringen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin und Bremen) konnten wir durch Volksinitiativen, Volksbegehren oder Volksentscheide unserem Ziel näher kommen. Unterdessen betreten wir Seitenwege, etwa indem wir unser Engagement im Bereich des Wahlrechts verstärken.

Mehr Demokratie wird langsam zum Spezialisten, wenn es darum geht, sich durch das Dickicht des Demokratiedefizits zu schlagen und den Nachfolgenden einen aufrechten Gang zu einer selbstbestimmten Gesellschaft zu ermöglichen. Wir gewinnen ständig Weggefährten, und es sollen noch mehr werden. 2008 feiern wir unser 20-jähriges Bestehen und wollen die 5.000-Mitglieder-Marke erreichen!

Herzlich grüßt Sie Ihre

Claudine Nierth
 Claudine Nierth
 Vorstandssprecherin

Gerald Häfner bei Christiansen



Den Startschuss ins Jahr 2007 gab Gerald Häfner am 7. Januar bei Christiansen. Noch während der Sendung besuchten

unzählige Menschen unsere Internetseiten. Am folgenden Tag gingen mehr als 700 Anfragen nach einem Infopaket ein. Viele hörten zum ersten Mal von der Initiative und den Möglichkeiten direkter Demokratie. Maybrit Illner und andere Talkshows zogen nach, so dass wir 2007 unsere erfolgreichste bundesweite Fernseh-Präsenz seit unserem Bestehen erleben durften.

Mehr Bürgerbeteiligung im Saarland

Gerald Häfner hatte bei Christiansen das Saarland als Schlusslicht in Sachen mehr Demokratie herausgestellt. Darauf erklärte Ministerpräsident Müller noch in der Sendung, er könne sich Erleichterungen bei der Volksgesetzgebung vorstellen. Anfang Februar diskutierte der saarlän-

dische Landtag Vorschläge von SPD, FDP und Grünen zur besseren Bürgerbeteiligung. Im Juni beriet der Landtag über einen Gesetzesvorschlag der CDU. Im August wurde in Saarbrücken ein neuer Mehr Demokratie-Landesverband unter dem Vorsitz von Claudia Krauß gegründet. Im September äußerte sich Gerald Häfner als Experte in einer Anhörung des Landtages zu den Gesetzesentwürfen. Dis Diskussionen gehen weiter, wir bleiben als Berater aktiv.

Hamburg stärkt den Volksentscheid

2007 unterschrieben mehr als 100.000 Hamburgerinnen und Hamburger für den Volksentscheid. Daraufhin wurde einerseits die freie Sammlung von Unterschriften auf der Straße wieder zugelassen. Andererseits verhinderte die Politik die Durchführung des Volksentscheids parallel zur Bürgerschaftswahl im Februar 2008. Statt dessen musste er auf den 14. Oktober 2007 gelegt werden. Die Verfassungsänderung scheiterte prompt am Zustimmungsquorum von 50 Prozent aller Wahlberechtigten. Von den 492.864 HamburgerInnen, die am Volksentscheid teilnahmen, stimmten fast 76% mit Ja. Ein politischer Sieg, aber rechtlich verloren. Das Bündnis für faire und verbindliche Volksentscheide hat im Dezember ein neues Volksbegehren angemeldet.



Aktionsurlauber vor dem Hamburger Rathaus.

Direkte Demokratie im Test

Für das zweite „Volksentscheid-Ranking“ vom Februar 2007 wurden die Gesetze für Bürger- und Volksentscheide in den Ländern untersucht. Im Vergleich zu 2003, dem Jahr des ersten Rankings, ist 2007 die direkte Demokratie kaum erleichtert worden. Einzig Berlin hat mit einer bürgerfreundlichen Regelung auf Bezirksebene einen Sprung vom letzten Platz an die Spitze geschafft. Schlusslicht ist das Saarland. Aber auch Baden-Württemberg, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern schneiden nur mit einem „mangelhaft“ ab.



Europa-Aktion in Berlin.

Volksbegehren in Südtirol erfolgreich

Mehr als 26.000 BürgerInnen, rund doppelt so viele wie nötig, haben in Südtirol das Volksbegehren für eine bessere Volksgesetzgebung unterschrieben. Zur Volksabstimmung wird es aufgrund der geltenden Sperrfristen aber voraussichtlich erst im Herbst 2009 kommen. Zwölf Monate vor und sechs Monate nach Landtagswahlen dürfen keine Volksentscheide stattfinden – das zeigt, wie notwendig eine Reform ist.

19 neue Volksbegehren

Noch nie gab es so viele neue Volksbegehren in Deutschland wie 2006. Das ist ein Ergebnis des Volksbegehrensberichts, den Mehr Demokratie im August präsentierte. Insgesamt 19 Volksbegehren, doppelt so viele wie im Vorjahr, wurden neu eingeleitet. Mal ging es um geplante Privatisierungen, mal um die Einführung eines neuen Wahlrechts oder um Kürzungen, die zurückgenommen werden sollten.

Aus den Landesverbänden

Baden-Württemberg

Das über 35 Organisationen starke „Bündnis für mehr Demokratie“ verzichtete zwei Jahre nach Beginn der Unterschriftensammlung auf die Einleitung des Volksbegehrens. Mit Streichung des Positivkatalogs, Senkung des Zustimmungsquorums von 30 auf 25 Prozent und Fristverlängerung bei Bürgerbegehren gegen Gemeinderatbeschlüsse konnten wir Verbesserungen durchsetzen. Auch Bauleitplanungen können nun Gegenstand von Bürgerbegehren sein. Die neuen Regelungen führten zu mehr Bürgerbegehren und -entscheiden: Fanden vor der Reform durchschnittlich elf Bürgerbegehren und neun Abstimmungen pro Jahr statt, liefen 2007 34 Bürgerbegehren und 15 Abstimmungen.

Bayern

In einem parteien- und organisationsübergreifenden Bündnis zum Thema „Europa: Nicht ohne uns!“ wurde Kritik an Europa und dem Verfassungsvertrag formuliert und Alternativen diskutiert. In einer Vortragstour durch zahlreiche bayerische Städte informierte Gerald Häfner die Bürger über die europäische Demokratie. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge blickt das Aktionsbündnis „Informationsfreiheit in Bayern“ auf das vergangene Jahr. Während Passau als erste Stadt eine Informationsfreiheitsatzung einführen will, bleiben in München die Aktendeckel geschlossen. 2007 suchten nicht nur Initiativen Rat und Unterstützung in Fragen der direkten Demokratie, sondern auch Bürgermeister und Gemeinden.

Berlin/Brandenburg

Der Landesverband setzte sich für die Verabschiedung eines bürgerfreundlicheren Volksabstimmungsgesetzes ein und war im November als Sachverständiger zur Anhörung geladen. Die Regierungsparteien konnten überzeugt werden, auf die Vorzeigepflicht des Personalausweises zu verzichten und die freie Sammlung zuzulassen. Zusammen mit neuen Kostenerstattungs- und Offenlegungsregelungen ist das ein großer Schritt nach vorn. Darüber hinaus waren wir mit der Vorbereitung der Wahlrechtskampagne beschäftigt, die im März 2008 startet. In Brandenburg engagierte sich der Landesverband für bessere Bedingungen bei Bürgerbegehren und -entscheiden bei der Novellierung der Brandenburgischen Kommunalverfassung.



Bremen/Niedersachsen

Mehr Demokratie sammelte im Vorfeld der Bremer Bürgerschaftswahl im Mai Unterschriften für einen Bürgeraufruf und forderte Verbesserungen bei der Volksgesetzgebung: Themenerweiterung, Senkung der Quoren und Einführung eines Finanzreferendums. Die ersten beiden Punkte werden ebenso wie die Umsetzung der Wahlrechtsreform von 2006 in einem eigens eingesetzten Parlamentsausschuss diskutiert. Die Ausschüsse tagen neuerdings öffentlich, Mehr Demokratie kann und wird daher die Arbeit der Abgeordneten beobachten. In Niedersachsen konzentrierte sich der Landesverband auf die Bürgerbegehrensberatung und intensivierte die Gespräche zur direkten Demokratie mit Parteien und Organisationen. Seit Dezember 2007 können die Kandidaten zur Landtagswahl unter www.kandidatenwatch.de öffentlich befragt werden.

Hamburg

Die Mitgliederzahlen im Landesverband haben sich innerhalb von drei Jahren verdreifacht und liegen jetzt bei über 400. Durch Spendenwerbung und Bündnispartner konnte die Volksentscheidskampagne kostenneutral abgeschlossen werden.



Unterschriften-Sammler in Hamburg.

Dass wir uns als ernst zu nehmende Institution auf der politischen Bühne etabliert haben, zeigen die beiden gut besuchten Feste zum zehnjährigen Bestehen des Landesverbands. Am ersten Abend gab es Vorträge von Prof. Roland Geitmann, Bruno Kaufmann und Dr. Manfred Brandt, am zweiten fand eine Party auf einem stillgelegten Fährschiff statt. Neben treuen Bündnispartnern wie Grünen, Gewerkschaften und SPD gratulierten der katholische Weihbischof Jaschke und die evangelische Bischöfin Jepsen. CDU-Fraktionschef Reinert äußerte sich anerkennend: „Demokratie macht Arbeit – Mehr Demokratie macht mehr Arbeit...“



Nordrhein-Westfalen

Am 21. März startete vor dem Düsseldorfer Landtag die Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen“. In Zukunft sollen die Bürger bei Kommunalwahlen Kandidaten gezielt auswählen können. Kumulieren und Panaschieren sollen endlich auch in NRW möglich werden. Bis März 2008 müssen mehr als 66.000 Unterschriften gesammelt werden, damit sich der Landtag mit diesem wichtigen Thema befasst. Mehr Demokratie erwies sich im vergangenen

Jahr in Landtagsanhörungen zur Reform der Wahlgesetze und des kommunalen Bürgerentscheids als Fachverband in Sachen Demokratie. SPD und Grüne bewegten sich auf unsere Positionen zu.

Sachsen

In Kooperation mit anderen Organisationen haben wir Veranstaltungen zur direkten Demokratie auf Landes- und Europalebene durchgeführt. Mehr Demokratie unterstützte Initiativen und Begehren zum Sozialticket, zum Bürgerhaushalt sowie gegen die Dresdner Waldschlösschenbrücke, die Zusammenlegung von Gemeinden und die Privatisierung städtischer Betriebe in Leipzig. Das Besondere des Jahres 2007 war die Einrichtung eines eigenen sächsischen Mehr Demokratie Büros in Leipzig. Den Start am 12. September feierten wir mit einem Tag der offenen Tür im Haus der Demokratie. Das Büro ist bisher noch rein ehrenamtlich besetzt.

Schleswig-Holstein

Die Aktiven des Landesverbandes haben 2007 eine Volksinitiative für ein demokratischeres Kommunalwahlrecht vorbereitet und einen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Unsere Volksinitiative zielt auf die Einführung des Kumulierens und Panaschierens, die Abschaffung der 5% Hürde sowie die Änderung des momentan angewandten Zählverfahrens und startet am 28. Januar 2008. 20.000 Unterschriften müssen gesammelt werden. Unser Traumziel ist die Bundestagswahl 2009. Zur Zeit erstellen wir Materialien und bauen ein Bündnis auf.

Thüringen

Kurz vor Jahresschluss hat die Landtagspräsidentin das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ zugelassen. 12.362 Bürgerinnen und Bürger hatten unterschrieben. Thüringen ist in Sachen direkter Demokratie auf kommunaler Ebene Schlusslicht unter den Bundesländern: Nirgendwo in Deutschland sind die Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide so hoch wie im Freistaat. Wir fordern eine Senkung und außerdem die Zulassung von Themen wie Abgaben, Satzungen und Bauleitplanverfahren. Unser 20 Organisationen starkes Bündnis muss vom 20. März bis 19. Juli mehr als 200.000 Unterschriften sammeln, damit das Volksbegehren Erfolg hat.